

# Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Stellenabbau!

Angeblich sollte mit Hartz IV die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Anfang Februar kam nun die Schreckensbotschaft: offiziell über fünf Millionen Arbeitslose! Das ist der höchste Stand seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Viele fragen sich: Wie kann man das ändern?

## Schönrednerei

Zu den offiziell fünf Millionen Arbeitslosen kommen noch einige Millionen hinzu. Menschen die in „Maßnahmen“ des Arbeitsamtes gesteckt werden oder einen 1-Euro-Job haben, werden bei der offiziellen Statistik nicht mitgerechnet. Erfasst werden auch jene nicht mehr, die wegen Hartz IV keinen Anspruch auf Leistungen haben. Hinzu kommen Menschen, die keine Hoffnung mehr haben, einen Job zu bekommen und sich deshalb gar nicht mehr registrieren lassen. Insgesamt fehlen mehr als acht Millionen Arbeitsplätze. Höchste Zeit zu handeln!

## Arbeitsplätze weg – höhere Gewinne

Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, kommen fast täglich neue Nachrichten über weiteren Stellenabbau. Die Deutsche Bank verkündete einerseits den höchsten Profit mit 2,5 Milliarden Euro und im gleichen Atemzug teil Bankchef Ackermann mit, dass weitere 6.400 Arbeitsplätze weltweit vernichtet werden! Die Begründung: Die Rendite soll von jetzt 17 auf 25 Prozent gesteigert werden! Die Deutsche Bank ist kein Einzelfall, sondern nur das bekannteste Beispiel. Fast alle Großkonzerne vermelden Rekordgewinne und schmeißen zusätzlich Beschäftigte raus. Oder es wird mit dem Argument „Verlagerung“ zusätzlicher Lohnverzicht gefordert.

## Heuchelei der Politiker

Jene Politiker, die jetzt den Mund aufmachen und den Konzernchefs mangelnde Moral etc. vorhalten, sind mehr als scheinheilig. Ein Großteil dieser Herrschaften steht auf der Gehaltsliste von Firmen wie VW oder Siemens. Alle bürgerlichen Parteien fordern niedrigere Unternehmenssteuern und weitere Geschenke für die Bosse. Letztlich macht die Deutsche Bank das, was die zynische Logik des Kapitalismus ist: Sie versucht eben noch mehr Profit zu machen, zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung.

## Arbeitsplatzabbau in MV und Rostock

Auch im öffentlichen Dienst steht Stellenabbau auf der Tages-



*Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren! Die Opelner in Bochum nahmen im Oktober 04 den Kampf auf...*

ordnung. Die SPD-PDS-Landesregierung verkündete unlängst, dass im Land bis Ende nächsten Jahres rund 5.000 Stellen „abgebaut“ und weitere 5.000 von 2009 – 2011. Allein an den Schulen werden 4.800 Lehrerstellen verschwinden; an den Unis 600... (NNN 16.2.05) In Rostock wurde mit dem aktuellen Haushalt der Stadt auch die Fortsetzung der Stellenreduzierung um insgesamt 700 Stellen beschlossen. Damit wird die Arbeitslosigkeit weiter erhöht und für Erwerbslose verschlechtern sich die Chancen auf einen Job noch mehr. Für Jugendliche wird die Zukunft immer düsterer, viele werden geradezu in den Westen getrieben!

## Kampf gegen Arbeitsplatzabbau in MV und Rostock

Angesichts der Stellenstreichungen in MV und Rostock, schlagen wir vor, dass die Gewerkschaften eine Kampagne starten, mit dem Ziel, die Beschäftigten zum Widerstand zusammen zu bringen. Ein erster Schritt können Betriebsversammlungen sein, wo Gegenargumente zur Propaganda der Politiker gegeben werden. Ziel sollte es sein, die Beschäftigten für Aktionen zu mobilisieren, welche der Arbeitgeber auch spürt. Zudem sollte der Kontakt zur Anti-Hartz-Bewegung und zu sozialen Vereinen weiter geknüpft werden. Alle vom Sozialkassenschlag Betroffenen müssen an einen Tisch geholt werden, um gemeinsam darüber zu beraten, wie der Widerstand weiter aufgebaut werden kann.

**SAV** **Sozialistische Alternative**

& 0381  
499 65 90

V.i.S.d.P.: C. Lehnert c/o SAV  
Littenstraße 106/107, Berlin

## **Kampf um jeden Arbeitsplatz, Kampf um Arbeitszeitverkürzung!**

Während Millionen Menschen heutzutage durch Arbeitslosigkeit „stillgelegt“ werden, machen andere Überstunden und knüpfeln, was das Zeug hält. Dabei könnten viele Leute wieder in Arbeit kommen, wenn nicht Millionen Überstunden geleistet werden müssten.

Jede weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen, egal ob in der Privatwirtschaft oder im Öffentlichen Dienst muss bekämpft werden!

Nein zu Arbeitszeitverlängerung! Längere Arbeitszeiten vernichten Arbeitsplätze. Nur durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich können Millionen Arbeitslose wieder Arbeit bekommen und davon auch leben.

Zudem können über ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

## **Alternativen aufzeigen und Widerstand organisieren**

Wenn sich etwas ändern soll, muss zuerst einmal der Propaganda fast aller Parteien, Medien und der Wirtschaft etwas entgegen gesetzt werden. Diese Aufgabe liegt vor allem bei den Gewerkschaften. Sie können zusammen mit der sozialen Bewegung in die Offensive gehen und Alternativen gegen die Massenarbeitslosigkeit aufzeigen. Als weiterer Schritt muss der gemeinsame Kampf gegen jeden weiteren Stellenabbau und für Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich geführt werden.

Doch genau dort geht's dann ans Eingemachte, denn die Wirtschaft will Lohnsenkungen und droht mit Verlagerung. Die Staatskassen sind oft leer und woher soll das Geld kommen? Die Antwort ist simpel und doch ein hartes Stück Kampf: Aus den prall gefüllten Kassen der Konzerne und Reichen! Eine Umverteilung von oben nach unten ist nötig, unter anderem durch eine höhere Besteuerung der Unternehmen, um wieder Geld ins Staatssäckel zu bekommen und davon zum Beispiel öffentliche Investitionen tätigen zu können.

## **Für kämpferische Gewerkschaften mit einem kämpferischen Kurs!**

- 1 Keinerlei Schließungen von Betrieben, Kampf um jeden Arbeitsplatz
- 1 Gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit: Massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 1 Öffnung der Geschäftsbücher. Die KollegInnen müssen wissen, wie die Lage wirklich aussieht und wo die Profite der letzten Jahre hingegangen sind
- 1 Überführung aller Betriebe und Konzerne, die entlassen oder mit Verlagerungen drohen, in öffentliches Eigentum bei Kontrolle und Verwaltung durch Beschäftigte, Gewerkschaft und Allgemeinheit. Die Betriebe wurden durch die Beschäftigten aufgebaut und betrieben, ganze Regionen hängen von ihnen ab. Die Entscheidungen über die Verwendung dieser Ressourcen müssen der Diktatur des Profits entzogen und demokratisch im Interesse der KollegInnen und der Allgemeinheit gefällt werden.

## **„Lohnverzicht“, „Beschäftigungsgarantien“ & „sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau“...**

**Lohnverzicht** sichert keine Jobs sondern nur die Profite und trägt dazu bei, die Standorte gegeneinander auszuspielen.

**„Beschäftigungsgarantien“** garantieren recht wenig. Führt die kapitalistische Konkurrenz zu Schwierigkeiten eines Betriebs, dann fühlen sich Management und Aktionäre an gar nichts mehr gebunden. Ihre Profite sind in Gefahr – für sie das einzige Kriterium.

**„Sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau“** – das gibt es nicht! Jeder Arbeitsplatz, der „sozialverträglich“ abgebaut wurde ist weg! Und der Kollege, oder die Kollegin, die „sozialverträglich“ abgebaut“ wurden, landen erstmal beim Arbeitsamt.

**„Auffanggesellschaften“** sind nur ein Tod auf Raten! Wieviele Betriebe wurden schon mit der Vertröstung auf Beschäftigungs- oder Auffanggesellschaften geschlossen? Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wurden für ein viertel, ein halbes oder gar ein ganzes Jahr dort – mit geringerem Lohn! – „zwischengeparkt“, um dann... – beim Arbeitsamt zu landen.

## **Kampf gegen Profitstreben – für eine sozialistische Alternative!**

Im kapitalistischen System ist Arbeitslosigkeit ein normaler Bestandteil des Marktes. Die Ware Arbeitskraft muss sich genauso verkaufen, wie andere Waren. Der Mensch zählt nichts, der Profit ist alles. In Zeiten florierender Wirtschaft wird investiert und neue Leute eingestellt – doch heute das bleibt nicht immer so. Denn jede Firma, jeder Konzern produziert „blind“ für den Markt – und irgendwann ist der Markt „übersättigt“. Der Absatz stagniert, die Gewinne gehen zurück – und schließlich werden Arbeitskräfte „abgebaut“. Durch das kapitalistische Chaos kommt es immer wieder zu Überproduktionskrisen und dann zur massenhaften Vernichtung von Produktionsstätten und Arbeitskräften. Wenn wir also langfristig etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit erreichen wollen, dann bedeutet dies, eine Gesellschaft zu erkämpfen, in der nicht der Profit entscheidet, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Wir treten für eine sozialistische Demokratie ein. Dies bedeutet für uns kein Zurück zur DDR. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratenriege wie früher in der DDR noch die der heutigen Banken und Konzerne. Wir verstehen unter Sozialismus eine Gesellschaft, in der die arbeitende Bevölkerung demokratisch darüber entscheidet, was und wie produziert und wie der Reichtum verteilt werden soll.

**Alle die genauso denken, fordern wir auf: Macht mit bei der SAV!**

**Infos & Kontakt:**

**& 0381– 499 65 90**

**eMail: rostock@sav-online.de**

**www.sozialismus.info**